

Fachtagung Integration der Stadt Zürich**19. September 2008****Was bedeutet die veränderte Zuwanderung für die städtische Integrationspolitik?**

30. 09. 2008 / Christof Meier

Einsichten und Schlussfolgerungen – ein subjektiver Nachtrag**Die neue Zuwanderung ist. Und sie ist ein Thema.**

Die vielen positiven Rückmeldungen der Teilnehmenden auf die – von etwas über 160 Personen besuchte – Fachtagung zeigen, dass die gewählte Fragestellung aus Sicht der (auch) mit MigrantInnen Arbeitenden aktuell und nötig war. Die Referate wurden als gut sowie als sich gut ergänzend erachtet. Und in den Workshops konnten verschiedenste Bezüge zu den eigenen Tätigkeiten hergestellt werden. Das Thema der neuen Zuwanderung interessiert, und es wurde – thematisch meist auf ein, zwei Aspekte reduziert – auch durch die Medien positiv und ausführlich aufgenommen. Insgesamt scheint es gelungen, die Debatte zu öffnen und um eine bisher weniger beachtete Dimension zu erweitern.

Der andere Blick auf bekannte Fakten kann zu neuen Bewertungen führen.

Gut qualifizierte Migrantinnen und Migranten werden politisch in der Regel der «erwünschten» Zuwanderung zugeordnet. Einmal abgesehen davon, dass dieser Begriff sehr viele Frauen und Männer per se problematisiert und als unerwünscht bezeichnet, ist es bedeutsam, dass Vergleichbares oft sehr ungleich bewertet wird. So werden beispielsweise die gelebten Netzwerke und Verhaltensmuster der gut qualifizierten ZuwandererInnen vielfach als normal und ok erachtet, obwohl sich diese in ihrer Struktur relativ oft kaum von denjenigen unterscheiden, die bei den weniger gut Qualifizierten kritisiert und als Zeichen der Desintegration gesehen werden: Migration dorthin, wo man sich Arbeit und Lohn erhofft; aktive Pflege der Verbundenheit mit nicht in der Schweiz lebenden Familienmitgliedern und Freunden; starke Orientierung im Gastland an Menschen mit vertrauter Sprache und Kultur; etc. Ein gestärktes Bewusstsein für diese Zusammenhänge bietet nicht zuletzt die Chance, den Integrationsbegriff von seiner starken «nationalen» Verhaftung zu lösen und – vielleicht realistischer – in einem transnationalen Rahmen neu zu denken.

«Parallelgesellschaften» müssen nicht verhindert, sondern vernetzt werden.

In einer Stadt wie Zürich sind «Parallelgesellschaften» Realität. Und sie werden es auch in Zukunft sein. Denn niemand hat einen nach allen möglichen Kriterien durchmischten Freundeskreis und kaum jemand eine Nachbarschaft, die einem theoretischen schweizerischen Durchschnitt entsprechen würde. Es ist ein menschliches Bedürfnis, sich mit Personen zu vernetzen, mit denen man sich aufgrund gewisser Gemeinsamkeiten stärker verbunden fühlt als mit anderen und mit denen es einfacher ist, sich sprachlich und kulturell auszutauschen. Dies führt unweigerlich zu «Parallelgesellschaften», kleineren und grösseren, offeneren und geschlosseneren – und es gibt grundsätzlich keinen Grund, die einen als

besser oder als natürlicher zu bewerten als die anderen. Auch muss das Bild als falsch und irreführend erachtet werden, das von einer zentralen schweizerischen Kerngesellschaft ausgeht, die (je länger je mehr) von durch Migrantinnen und Migranten geprägten «Parallelgesellschaften» bedroht wird. Vielmehr ist es so, dass alle Bewohnerinnen und Bewohner unserer Stadt «Mitglied» sind mehrerer, oft sehr verschiedener Teilgesellschaften. Dadurch entstehen Berührungspunkte, Überschneidungen, Vernetzungen und letztlich die für unsere Weiterentwicklung nötige gesellschaftliche Dynamik. Allenfalls vorhandene Parallelgesellschaften von AusländerInnen, seien sie nun eher einem sozial schwachen oder eher einem sozial starken Milieu zuzuordnen, sind also ein gegebener Teil unserer Gesellschaft. Sie sind kein Problem, sondern bieten Heimat. Es geht nicht darum, diese zu verhindern, sondern sie zu vernetzen. Das gesellschaftliche Ziel könnte sein, dass alle Mitglieder einer «Parallelgesellschaft» **auch** Mitglieder sind anderer Teilgesellschaften. Dies ist möglich.

Wir riefen Arbeitskräfte, und es kamen Menschen.

Mit diesem einem Satz ist es Max Frisch vor vielen Jahren gelungen, die Problematik der schweizerischen Migrations- und Integrationspolitik in der zweiten Hälfte des letzten Jahrhunderts auf den Punkt zu bringen. Es ging ihm darum, Migrantinnen und Migranten nicht auf ihre ökonomische Funktion zu reduzieren, sondern als das anzunehmen, was sie sind: Frauen und Männer und Kinder mit Bedürfnissen, mit Hoffnungen, mit Ängsten, mit Potenzial, mit einer unbekanntem Zukunft. Daran sollten wir uns erinnern, wenn wir davon ausgehen, dass viele hochqualifizierte Neuzugewanderte nur ein paar Jahre hier bleiben werden, um Geld für sich und für uns zu verdienen und um dann wieder zurück- oder weiterzugehen. Auch sie sind mehr als Arbeitskräfte. Auch sie haben eine offene Zukunft. Und vielleicht ist es ja gar nicht so wichtig, wo diese Zukunft stattfinden wird. Denn auch die Investition in eine temporäre Integration verspricht Gewinn: befristetes Engagement ist besser als gar keines, trotzdem länger Bleibende müssen nicht «nachintegriert» werden und die wieder Wegziehenden machen Werbung für unsere Stadt.

Ungleichbehandlungen gefährden den gesellschaftlichen Zusammenhalt

Die schweizerische Gesetzgebung führt zu einer je nach Nationalität und beruflichem Hintergrund gewollten Ungleichheiten bezüglich des Zugangs zu unserer Gesellschaft. Diese Ungleichbehandlung in der Zuwanderungspolitik ist aber integrationspolitisch nicht zu übernehmen, im Gegenteil. Denn Integrationspolitik fragt nicht, wen wir bei uns wollen und wen nicht, sondern stellt fest, wer hier ist, und sie sucht danach, innerhalb der gegebenen Gesellschaft Chancengleichheit und Weiterentwicklung bestmöglichst mitzugestalten und zu ermöglichen. Dabei sind Ungleichbehandlungen hemmend und verhindernd. Sie werden als ungerecht wahrgenommen und sie verletzen wichtige Grundsätze eines demokratischen Rechtsstaats. Integrationspolitisch ist es also bedeutsam, auf entsprechende Problemfelder aufmerksam zu machen und diese zu bekämpfen. Dabei kann der Bezug auf die hochqualifizierten ZuwandererInnen den Blick schärfen. Diese erhöhte Sensibilität ist notwendig, denn einerseits nimmt die ungleiche Bewertung von Vergleichbarem tendenziell zu (erwünscht / unerwünscht) und andererseits gehen mehr und mehr notwendige Differenzierungen verloren. Oder wie lässt es sich rechtfertigen, dass seit vielen Jahren hier lebenden MigrantInnen aus «Drittstaaten» mit einem schwachen Bildungshintergrund zukünftig ein gesicherter Aufenthaltsstatus oder eine Einbürgerung verwehrt bleiben sollen: Sprachtest sind unter anderem Bildungstest und können von gewissen Personen – unabhängig von derer beruflichen und sozialen Integration – schlicht nicht erfolgreich bewältigt werden. Und sind diese an sich nicht eine der primären Zielgruppen der Integrationsarbeit?

Die neue Zuwanderung stellt das Selbstverständnis der SchweizerInnen in Frage.

Das Fremde hat schon immer verunsichert. Und es hat schon immer mitgeholfen, das Eigene zu definieren. Denn wie schwierig es auch beispielsweise ist, festzuhalten, was und wer wir SchweizerInnen sind, eines war doch immer sicher: wir sind keine AusländerInnen. Und da die Zuwanderung in die Schweiz während Jahrzehnten tendenziell eine Unterschichtung war, ermöglichte diese uns selbst sozial aufzusteigen und dabei gleichzeitig den MigrantInnen einen Platz am unteren Rand der Gesellschaft zuzuweisen. Dieses tief verankerte Muster hat Risse bekommen. Es ist durch die tendenziell durch eine Überschichtung geprägte neue Zuwanderung in Frage gestellt. Die Machtverhältnisse haben sich verändert. Denn was können und dürfen wir schon von denen einfordern, die unsere Chefs sind und von deren Entscheidungen unser Wohlstand und unsere Arbeitsplätze abhängen? Noch ist es vielleicht zu früh, um unsere gesellschaftlichen Reaktionen auf diese veränderten Dynamiken zu beschreiben. Aber zeigt sich nicht ein zunehmender Druck nach unten? Zeigt sich nicht eine auffällig betonte Gelassenheit sowie ein bewusstes Aufdistanzhalten gegenüber den Englischsprechenden? Und ist es wirklich zufällig, dass die einzig spürbaren Ressentiments gegenüber Hochqualifizierten die Deutschen betreffen? So oder so, all diese Tendenzen sind auch verpasste Chancen. Denn sie erschweren es unnötig, mehr Migrantinnen und Migranten als bisher in unsere Zivilgesellschaft mit einzubeziehen. Da gäbe es Bedarf, dort wäre Potenzial, und kaum etwas passiert.

Integrationspolitik ist auch ein gesellschaftlicher Blick nach vorne.

Eine zeitgemässe Integrationspolitik orientiert sich einerseits an der Tatsache, dass es je länger je weniger Menschen geben wird, die nicht einen «multikulturellen» Hintergrund haben. Andererseits muss sie all diejenigen ernst nehmen, und dies betrifft sowohl SchweizerInnen als auch MigrantInnen, die sich durch die jeweils gerade feststellbaren demographischen Veränderungen bedroht fühlen. Daraus ergeben sich verschiedene Herausforderungen. So ist unter anderem eine «neue» Identität gefragt. Eine, die zusammenführt, die verbindet und die es allen BewohnerInnen ermöglicht, sich als SchweizerIn bzw. als ZürcherIn zu fühlen, ohne deswegen andere Identitäten aufgeben zu müssen und ohne deswegen anderen eine zusätzliche Identität abzusprechen. Damit dies gelingen kann, wird es nötig sein, alle hier Anwesenden grundsätzlich möglichst gleich zu behandeln und allfällige staatliche Interventionen gezielt auf vorhandene Bedürfnisse (der Zugewanderten und der lokalen Gesellschaft) auszurichten. Diesbezüglich wird es voraussichtlich zweckmässig sein, operative Angebote zur Erhöhung der Chancengleichheit, der persönlichen Ressourcen und der Akzeptanz auch zukünftig primär auf die sozial Schwächeren auszurichten. Ergänzend gilt es, neue Türen zur gesellschaftlichen Integration der hochqualifizierten ZuwandererInnen zu öffnen. Dazu braucht es mehr Wissen und mehr Kontakte als bisher. Und es braucht ein Integrationsverständnis, dass nicht nur die ökonomischen Realitäten in einem transnationalen Zusammenhang sieht, sondern auch die sozialen. Die geltenden Grundsätze der stadtzürcherischen Integrationspolitik und deren konkrete Umsetzung bilden dazu eine gute Voraussetzung. Sie müssen aber weiter entwickelt werden und vermehrt auch die einheimische Bevölkerung mit einbeziehen. Denn sie wird es sein, die letztlich darüber «entscheidet», ob die nächste wirtschaftliche Rezession oder die nächste gesellschaftliche Herausforderung als Ausländerprobleme wahrgenommen werden oder als Aufgaben, die wir je gemeinsamer je besser bewältigen können.